



Positionierung des Landesfachausschuss Kinder, Jugend, Familie

Kinder und Jugendliche jetzt in den Mittelpunkt stellen – Kinder- und Jugendhilfe stärken

Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich seit jeher für die Belange gesellschaftlich benachteiligter Menschen ein und gibt ihnen eine Stimme.

Gute zwei Jahre nach Beginn der Corona Pandemie stellt der Landesfachausschuss Kinder, Jugend, Familie als bayernweites Fachgremium der Arbeiterwohlfahrt dringenden Handlungsbedarf fest – bezüglich der Situation der Kinder und Jugendlichen sowie der Lage der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern!

Junge Menschen haben während der Pandemie stark zurückgesteckt, um gefährdete Personengruppen zu schützen. Nun gilt es, Kinder und Jugendliche in den Blick zu nehmen! Denn zwei Jahre fast durchgängigen Ausnahmezustands haben Spuren hinterlassen. Vor allem längerfristige Auswirkungen der erlebten Einschränkungen machen sich nun individuell und strukturell bemerkbar. Es bedarf konkreter und sofort greifender Maßnahmen, um die Folgen der Pandemie auf die jungen Menschen aufzufangen. Mit dem seit mehreren Monaten tobenden Angriffskrieg in der Ukraine und der damit einhergehenden Flüchtlingsbewegung nach Deutschland steht die Kinder- und Jugendhilfe zudem übergangslos vor der nächsten großen Herausforderung.

Für ein adäquates und qualitätsvolles Angebot für die jungen Menschen erwarten wir ein unmittelbares Handeln in folgenden Themenfeldern:

Auswirkungen der Pandemie und des Krisenmodus auf Kinder- und Jugendliche auffangen!

Obwohl die Kitas und Schulen nun schon länger wieder geöffnet sind, es einen Digitalisierungsschub gegeben hat und Angebote der Jugendarbeit wieder zugänglich sind, sind wir weit von einer Rückkehr zum Status Quo entfernt.

Punktuelle und zeitlich begrenzte Maßnahmen wie das Aufholpaket des Bundes können Lernrückstände, ausgefallene Praktika zur beruflichen Orientierung oder Folgen der Isolation nicht kompensieren. Gerade der Übergang ins Berufsleben gestaltet sich für viele Jugendliche derzeit als sehr mühsam, dabei werden hier wichtige Weichen für ein auskömmliches Leben im Erwachsenenalter gestellt.

Zahlreiche Studien belegen, dass in Folge der Pandemie und damit einhergehenden Erlebnissen deutlich mehr Kinder und Jugendliche unter psychischen Problemen wie z.B. Depressionen, sozialen Ängsten oder psychosomatischen Beschwerden leiden. Gefühle der Verunsicherung und einer verminderten Lebensqualität haben stark zugenommen. Besonders betroffen sind junge Menschen, die auch vorher z.B. aufgrund von Armut, psychischer Erkrankung der Eltern oder problematischen Haushaltslagen in vulnerablen Situationen aufwuchsen.

Der Landesfachausschuss fordert:

Die Bereitstellung von ausreichenden, niederschweligen Angeboten für betroffene Kinder und Jugendliche: Die akute und weiterführende psychosoziale, psychologische und psychiatrische Versorgung muss gewährleistet sein! Zudem müssen präventive Maßnahmen verstärkt werden! Benötigt wird:

- Einsatz von kinder- und jugendspezifischen Fachkräften an den sozialpsychiatrischen Diensten und an den psychosozialen Suchtberatungsstellen
- Ausweitung eines flächendeckenden psychiatrischen Krisendienstes auch für Minderjährige
- 24Stunden Notdienste in allen Jugendämtern, in ganz Bayern (auch im ländlichen Raum)
- Ausreichend Plätze in jugendpsychiatrischen Kliniken und psychotherapeutischen Praxen
- Bedarfsgerechter Ausbau von Platzkapazitäten in vollstationären Einrichtungen mit entsprechender Refinanzierung der personellen Ausstattung
- Stärkung und Ausbau der aufsuchenden Erziehungsberatung und von Angeboten der Jugendarbeit
- In Kita, Schule und Ganztage: Stärkung der Beteiligung und Mitsprache der Jugendlichen (Gefühl der Ohnmacht und Willkür als große Ursache von psychischen Problemen)
- Kinderschutz und pädagogische Qualität müssen in Kita und schulischer Nachmittagsbetreuung an erster Stelle stehen und refinanziert werden.
- Gewährung des Faktors 4.5 nach BayKiBIG für Kinder mit Eingliederungshilfebedarf auch für geflüchtete Kinder im Asylverfahren.
- Beachtung der Universalität der Kinderrechte! Vermeidung einer Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Herkunftsländern.

Verstärkte Unterstützung und Begleitung bei der Bewältigung des Schulalltags und bei Übergängen:

- Fortdauernder Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) an allen Schularten:
- Verstärkung der JaS an Brennpunktschulen/ Initialisierung und Finanzierung von Projekten zur Aufarbeitung von Coronafolgen und Schulhofkonflikten
- Ausbau der Angebote zur Begleitung von Übergängen (Kiga- Schule/ Schule-Beruf). Stärkung und Ausbau der Jugendberufsagenturen
- Stärkung und Refinanzierung der Angebote der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit (AJS)
- Ausbau der niederschweligen Unterstützungsangebote für Eltern in der Kita und in der Schule (Kita als Familienstützpunkt, Ausbau und Refinanzierung Elternbegleitung)
- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz (GaFöG) unter hohen Qualitätsstandards, die refinanziert werden.
- Ausbau der Jugendmigrationsdienste

Fachpersonal, passende Rahmenbedingungen und Stabilität für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Auf Seiten der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist die Corona Bilanz ebenfalls verheerend: Leitungen, Teams und Träger sind durch die ständig wechselnden Vorgaben zu Testregimes, Quarantäne und Hygienemaßnahmen und den damit einhergehenden Verwaltungsaufwand sowie durch Auffangen eines immens hohen corona- und belastungsbedingen Krankenstands erschöpft und ausgebrannt. Unzureichendes Mitspracherecht bei behördlichen Regelungen, verbunden mit der undankbaren Aufgabe,

solche Entscheidungen gegenüber Eltern und Klienten vertreten zu müssen, verstärken den Frust. Es kostet die Teams enorme Anstrengung, trotz des Ausnahmezustands die Belange der Kinder und ihrer Eltern sowie die Qualität der Angebote im Blick zu behalten. Der vielfach angemahnte Fachkräftemangel zeigt sich zudem flächendeckend und immer akuter.

Die kritischen Zustände der Kinder- und Jugendhilfe sind auf politischer Ebene benannt, werden aber nicht beherzt genug angegangen. Maßnahmen wie das Erstellen eines umfassenden Weiterbildungskonzepts zur Personalgewinnung im Kita Bereich des StMAS (Handlungsempfehlungen des Bündnis Frühkindliche Bildung) werden vom LFA ausdrücklich begrüßt, reichen aber unseres Erachtens nicht weit genug, um die vorhandenen Missstände zu lösen.

Der Landesfachausschuss fordert:

Akute Entlastung des Personals in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

- Übersichtliche längerfristige Vorgaben zum weiteren Umgang mit der Corona Pandemie (z.B. Ampel System). Reduktion des hohen Verwaltungs- und Dokumentationsaufwands zur Umsetzung der Maßnahmen.
- Unter Einbezug der Träger bereits vor dem Sommer Szenarien für eine mögliche erneute Welle im Herbst vorbereiten. Die Zusammenarbeit der Behörden und Ministerien sowie der regionalen Ämter verbessern.
- Maßnahmen zur Regeneration für das stark belastete Personal ermöglichen und die Aufarbeitung der Corona-Zeit in den Einrichtungen unterstützen (Finanzierung von gesundheitsfördernden Angeboten, Coaching, Teamsupervision) Alle tariflichen Gehaltsbestandteile müssen bei der Refinanzierung z.B. beim Basiswert nach BayKiBiG berücksichtigt werden
- Refinanzierung von Praktikant*innen und Auszubildenden in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zur Entlastung des Personals.

Schaffung adäquater Rahmenbedingungen für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

- Konkrete zeitliche Perspektive zur Schließung der kosten- und Finanzierungslücke im BayKiBiG (Umsetzung Handlungsempfehlung Bündnis Frühkindliche Bildung), auch unter Berücksichtigung gestiegener Lebenshaltungskosten.
- Leitungsentlastung ausbauen und deren Refinanzierung langfristig sichern (Zusage Fortführung und Ausbau Leitungsbonus im Kita Bereich, Erhöhung der Leitungsanteile im Bereich der stationären Jugendhilfe)
- Verbesserung des Anstellungsschlüssel (höhere Zeitkontingente für Arbeit mit den Kindern, Teambesprechungen, Elternarbeit)
- Refinanzierung von zusätzlichem Personal in der stationären Jugendhilfe
- Mehr Planungssicherheit im Bereich der (teil)-stationären Jugendhilfe (Refinanzierung von leeren Plätzen)
- Erhöhung des Gewichtungsfaktors für Kinder mit Migrationshintergrund in der Kita. Zusätzliche Mittel für Personal, Sprachmittler, Fortbildungen und Supervision für die Aufnahme (aus der Ukraine) geflüchteter Kinder.

Fachkräftegewinnung vorantreiben

- Staatliche Refinanzierung des geplanten modularen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmodells des StMAS/IFP zur Fachkräftegewinnung in Kitas – Qualifizierung in einem stark nachgefragten Beruf darf kein Selbstzahler Modell sein!
- Ausweitung der Weiterbildung für Fachkräfte auch auf andere Bereiche der Jugendhilfe
- Refinanzierte Ausbildungsvergütung in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe
- Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung über die Weiterbildungskampagne des StMAS/IFP hinaus. (Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Kitas für weiteres qualifiziertes Fachpersonal öffnen)
- Ausbau der Plätze an den Fachakademien für Sozialpädagogik

**Nur eine intakte Kinder- und Jugendhilfe kann die vorhandenen Herausforderungen motiviert annehmen und meistern - und dadurch junge Menschen und ihre Familien adäquat begleiten!
Hierfür werden zeitnah greifbare Perspektiven und Unterstützung aus der Politik benötigt!**

Gerne sind wir bereit, die anstehenden Schritte durch unsere Expertise engagiert mit zu gestalten und zu einem guten Gelingen beizutragen!

München, Juli 2022

Landesfachausschuss Kinder, Jugend, Familie